



Presseschau vom 20.09.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondentT](#) und die Online-Zeitung [Timer aus Odessa](#) ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** ([dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [KorrespondentT](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **EU: Geltendes Gastransitabkommen über Ukraine ist nicht zu verlängern**

Die Europäische Kommission hält laut dem Vizepräsidenten Maros Sevcovic die Verlängerung des geltenden Abkommens über den Gastransit von Russland über die Ukraine in die EU vom juristischen Standpunkt aus für unmöglich.

„Wir haben unsere russische Partner darüber aufgeklärt, dass eine Verlängerung des heutigen Vertrages vom juristischen Standpunkt aus unmöglich sein wird, denn es wird ein anderes Unternehmen geben: Es wird „Naftogaz“ als Betreiber von Erdgasfernleitungsnetzen ab dem 1. Januar nicht mehr geben – und auch dass der Vertrag nicht den EU-Vorschriften entspricht“, sagte Sevcovic in einer Pressekonferenz nach den trilateralen Konsultationen zwischen Russland, der Ukraine und der EU, die am Donnerstag in Brüssel stattfanden. „Das heißt, wir müssen eine andere Entscheidung finden“.

Bei einem Entflechtungsverfahren solle ein neuer Betreiber der ukrainischen Gasfernleitungsnetze (OGTSU – Anm. d. Red.) aus dem Energiekonzern Naftogaz ausgesondert werden, der zu einem neuen Partner Russlands bei der Besprechung des Gaslieferungsvertrags werden solle.

Das neue Unternehmen, dessen Chef an den trilateralen Verhandlungen am Donnerstag ebenfalls teilgenommen habe, solle spätestens im Dezember zertifiziert werden, so Sevcovic. Zuvor hatte der russische Energieminister Alexander Nowak bekannt gegeben, Moskau habe Kiew vorgeschlagen, das laufende Gastransitabkommen vorübergehend zu verlängern, bis die ukrainische Seite die EU-Vorschriften in den eigenen Gesetzen implementiert haben werde.

Das bisherige Abkommen für den Gas-Transit von Russland durch die Ukraine in die Europäische Union gilt bis Ende 2019.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32459/76/324597604.jpg>

vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden dreimal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt. Dies teilte die Vertretung der Republik im GZKK mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Losowoje, Logwinowo und Kalinowo**. Geschossen wurde mit 120mm-Mörsern und Granatwerfern.

de.sputniknews.com: **Russischer UN-Botschafter zu Syrien: Phase bewaffneter Konfrontation beendet**

Die Phase der bewaffneten Konfrontation in Syrien ist laut dem russischen UN-Botschafter Wassili Nebensja abgeschlossen worden. Den Krieg setzen jedoch ihm zufolge die Terroristen fort.

Nebensja zufolge „wurde die Phase der bewaffneten Konfrontation im Rahmen der Syrien-Krise quasi abgeschlossen“. Die Kräfte, die wirklich an einer politischen Regelung interessiert seien, hätten sich diesem Prozess angeschlossen.

„Die einzigen, die den Krieg fortsetzen, sind die Terroristen, die die Aufgabe zur Zerstörung des syrischen Staates verfolgen, wobei sie die Zivilbevölkerung zu Qualen zwingen“, sagte der russische UN-Botschafter im Rahmen der jüngsten Sitzung des UN-Sicherheitsrates.

Versuche, sie (die Terroristen – Anm. d. Red.) zu verhüllen oder als „deradikalisierte Opposition“ zu repräsentieren, sind unzulässig.

Zuvor hatten Deutschland, Belgien und Kuwait einen Resolutionsentwurf zur Situation in Idlib vorgelegt, der zur Waffenruhe ab dem 21. September 12.00 Uhr (Ortszeit) aufgerufen hatte. Der Resolutionsentwurf wurde nicht angenommen, da Russland und China dagegen stimmten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32020/82/320208250.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 19. September 3:00 Uhr bis 20. September 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 17. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Sajzewo, Shabitschewo, Donezk (Flughafen, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Staromichajlowka, Alexandrowka, Petrowskoje, Kominternowo, Leninskoje, Sachanka.** Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks von Donezk beschossen. Dabei wurde ein Mann geb. 1974 verletzt. Diagnose – Schussverletzung am rechten Knie.

Zerstörungen an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 88.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 114.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **General: Rebellen lassen Zivilisten nicht aus Idlib heraus**

Der Fluchtkorridor, den die syrische Regierung für Zivilisten vor kurzem in der Rebellenbastion Idlib geöffnet hat, bleibt leer: Nach Angaben des syrischen Militärs verhindern die extremistischen Kämpfer unter Androhung von Gewalt, dass die Bewohner die umkämpfte Region verlassen.

Der Checkpoint Abu ad-Duhur war am 13. September auf Anregung des russischen Aussöhnungszentrums wieder geöffnet worden, um den in Idlib noch verbleibenden Zivilisten einen Ausweg zu gewähren.

Laut dem syrischen General Nabil Abdulla überqueren keine Zivilisten diesen Checkpoint. „Die Zufahrten sind (von der anderen Seite – Anm. d. Red.) abgesperrt, den Einwohnern wird unter Androhung der Erschießung verboten, die Gegend zu verlassen“, sagte der General am Donnerstag. „Die Kämpfer benutzen die Zivilisten de facto als lebendigen Schild.“

Seit März 2018 hatten bereits fast 45.000 Menschen Idlib verlassen. Diese Provinz im Nordwesten Syriens ist eine der vier so genannten Deeskalationszonen, die 2017 unter Vermittlung Russlands, des Iran und der Türkei etabliert worden waren, um Zivilisten in den Kriegsgebieten einen Ausweg aus den Kriegsgebieten zu schützen. Anders als die drei anderen Deeskalationszonen wird Idlib immer noch nicht von der Regierung in Damaskus kontrolliert. Dort treiben extremistische Kämpfer und Terroristen der al-Nusra-Front ihr Unwesen.

Dnr-online.ru: Ein außerordentlicher Konvoi aus der RF hat am 19.9. Medikamente und medizinisches Material in die DVR gebracht.

Es handelt sich um insgesamt 117 Tonnen humanitäre Lieferungen mit verschiedenen Medikamenten, u. a. für Krebskranke und Diabetiker, sowie medizinische Geräte. Alles wird in Kürze gemäß dem vorliegenden Bedarf an die medizinischen Einrichtungen der DVR verteilt.

de.sputniknews.com: Saudi-Arabien startet Militäreinsatz und greift mehrere Ziele im nördlichen Jemen an

Die arabische Koalition mit Saudi-Arabien an der Spitze hat einen Militäreinsatz nördlich der jemenitischen Hafenstadt Hudaida eingeleitet, in dessen Rahmen mehrere Ziele angegriffen wurden. Dies meldet die saudische Nachrichtenagentur SPA.

Demnach wurden vier Objekte attackiert, die für die Herstellung von Sprengstoffbooten und Seeminen genutzt wurden. Die Boote und Minen würden eine Bedrohung für die internationale Schifffahrt im südlichen Teil des Roten Meeres darstellen, so der Sprecher der Koalition, Oberst Turki Al-Malki.

Darüber hinaus heißt es laut der SPA-Meldung, dass nach Angaben aus Riad ein geplanter Angriff der jemenitischen Huthi-Rebellen mit einem ferngelenkten Sprengstoffboot vereitelt worden sei. Das Boot sei am Donnerstag im Süden des Roten Meers entdeckt und zerstört worden, so die Agentur unter Berufung auf die Militärkoalition. Das Ziel des angeblich geplanten Angriffs war demnach unbekannt. ...



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/30523/20/305232035.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des Außenministers der LVR (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

An der Realisierung der „Formel Steinmeier“ in der Auslegung, in der sie jetzt von der „Normandie-Vier“ vorgelegt wurde, muss noch sehr viel gearbeitet werden. Das sind vor allem Änderungen an der Verfassung der Ukraine, die auf der einen Seite den dauerhaften Charakter des besonderen Status für den Donbass festlegen, auf der anderen Seite, Bedingungen für seine Anwendung schaffen, das heißt, das Territorium festlegen, in dem der

besondere Status gilt.

Das sind Ausgangspunkte, und diese Materialien, diese Gesetzentwürfe müssen erörtert werden, vor allem in der Kontaktgruppe. Dies ist in Punkt 11 des Maßnahmekomplexes festgelegt. Diese Aspekte müssen in Minsk mit den Vertretern der Republiken erörtert werden. Im Grunde ist die Billigung, die Unterzeichnung der „Formel Steinmeier“ vor allem ein symbolischer Schritt, der die Bereitschaft der Seiten zeigt, an einer politischen Regelung zu arbeiten. Es ist nicht die Situation, die die ukrainischen Medien jetzt versuchen darzustellen, dass sobald nur die „Formel Steinmeier“ unterschrieben wird, sofort irgendwelche ernsthaften Änderungen erfolgen, die grundlegend für die politische Regelung sind. Und sie versuchen das als „Niederlage“ von Seiten der Ukraine darzustellen.

Nein, das ist nur der Anfang eines ernsthaften und sehr umstrittenen Weges der politischen Regelung. Dennoch ist es ein Schlüsselmoment zur Schaffung der Grundlagen einer politischen Regelung unter Nutzung der Minsker Vereinbarungen.

Hauptthema der ökonomischen Untergruppe war die Situation mit der Wasserversorgung. Von unserer Seite betrifft das die Zusammenarbeit bei der Lieferung von Wasser, das wir von der ukrainischen Seite erhalten. Es wurden die weiteren Zahlungen erörtert, die Übergabe von Mitteln für den nächsten Monat.

Wir haben sehr hart das Thema der Sicherheit dieses Prozesses angesprochen, weil die ukrainische Seite bei der Übergabe von Mitteln provokative Handlungen durchgeführt hat, die klar auf eine Sabotage dieser Übergabe gerichtet waren. Es war eine militärische Provokation unmittelbar am Ort der Übergabe der Gelder. Diese Handlungen haben in der Republik ein sehr ernsthaftes Unverständnis hervorgerufen.

Wenn die ukrainische Seite daran interessiert ist, Wasser an die LVR zu verkaufen, dann muss sie sichere Bedingungen für die Zusammenarbeit im Zusammenhang mit der Ausführung der Verpflichtungen der Seiten im Rahmen dieses Vertrags schaffen. Wenn sie kein Wasser liefern wollen, dann muss man dafür keine militärischen Provokationen durchführen, es reicht zu sagen, dass die Lieferungen eingestellt werden.

In der ökonomischen Untergruppe ist die Frage der Tilgung der Lohnrückstände der Eisenbahner leider in eine Sackgasse geraten, es gab keinerlei Bewegung in dieser Frage. Dies betrifft auch die Frage der Vereinfachung des Mechanismus für Renten- und Sozialzahlungen. Selbst die Teilnahme von Vertretern des IKRK hat keine Vorwärtsbewegung in dieser Frage ermöglicht....

de.sputniknews.com: **Lawrow beklagt „Übervertretung“ des Westens im UN-Sicherheitsrat**

Die westlichen Länder halten laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow allzu viele Sitze im UN-Sicherheitsrat. Aus Sicht des Diplomaten erfordert diese „Übervertretung“ eine Reform des Gremiums.

„Natürlich steht das Leben nicht still. Wenn man will, dass das System der internationalen Beziehungen, das nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs entstanden ist und dessen Kern die Vereinten Nationen bilden, erhalten bleibt, muss es sorgfältig und konsequent an die Gegebenheiten der modernen geopolitischen Landschaft angepasst werden“, schrieb Lawrow in einem Gastbeitrag für die Zeitschrift „Russland in der Weltpolitik“, den das Außenministerium auf seiner Website am Freitag veröffentlichte.

Man müsse darauf hinwirken, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen reformiert werde. Dabei sollten vor allem die Interessen der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas im Mittelpunkt stehen.

„Ebenso sollten wir auch an der Verbesserung des Welthandelssystems arbeiten, indem der Harmonisierung von Integrationsprojekten in verschiedenen Regionen der Welt besondere Bedeutung beigemessen wird“, betonte der Außenminister anschließend.

1993 ergab sich erstmals die Forderung nach einer notwendigen Reform des UN-

Sicherheitsrates, in dem 15 Mitglieder sitzen. Diese setzten sich aus fünf ständigen (Russland, China, Frankreich, Großbritannien und die USA) sowie zehn nichtständigen Mitgliedern zusammen. Seither wird diese Frage stets behandelt, jedoch kam man bislang zu keinem Konsens.

nachmittags:

de.sputniknews.com: Arktis: S-400-Systeme in Bereitschaftsdienst versetzt

Das Fla-Raketenregiment der russischen Nordflotte ist erstmals mit Raketenystemen vom Typ S-400 umgerüstet worden. Die Komplexe wurden bereits in den Bereitschaftsdienst versetzt, wie der Pressedienst der russischen Nordflotte am Freitag mitteilte.

„Das Fla-Raketenregiment der Luftabwehr der Nordflotte, das auf der russischen Doppelinsel Nowaja Semlja disloziert ist und mit den neuen Flugabwehrsystemen S-400 ausgerüstet wurde, hat seinen Dienst angetreten“, heißt es in der offiziellen Pressemitteilung.

Mit der Umstellung auf die neuen Systeme erweitert laut Militärs das Fla-Raketenregiment die Zone des kontrollierten Luftraumgebiets in der Arktis wesentlich.

Das auf der Doppelinsel Nowaja Semlja stationierte Regiment verteidigt seit 2015 den Luftraum der russischen Arktis. Zuvor wurden Komplexe vom Typ S-300 eingesetzt.

Das Fla-Raketensystem S-400 aus der Produktion des Konzerns „Almas-Antej“ ist dazu bestimmt, strategische und taktische Fliegerkräfte, ballistische Raketen, Hyperschall-Ziele und sonstige Luftangriffsmittel zu vernichten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32575/25/325752524.jpg>

armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 14. bis 20. September 2019

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **17-mal das Feuer auf das Territorium der Republik eröffnet.**

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer Kaschtschischins aus der 59. Brigade das Gebiet von **Sajzewo Jushnoje** mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer Iwanows und Martschenkos aus der 56. und 28. Brigade **Alexandrowka, Staromichajlowka, Shabitschewo, die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** und das **Gelände des Flughafens von Donezk** mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, automatischen und Antipanzergrenatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Infolge des verbrecherischen Beschusses auf die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks erlitt ein ziviler Einwohner, geb. 1974, eine Schussverletzung an der rechten Schulter.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer Gnatows aus der 36. Brigade und des Kriegsverbrechers Palas aus der 35. Brigade das Feuer mit 120mm- und 82mm-Mörsern,

Schützenpanzerwaffen, Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen auf die Gebiete von **Petrowskoje, Kominternowo, Sachanka und Leninskoje** eröffnet.

In der letzten Woche haben die BFU 116-mal das Regime der Feuereinstellung verletzt, darunter auch mit verbotenen Arten von Waffen und dabei auf **30 Ortschaften der Republik** 140 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm, 6 Panzergeschosse und 207 Granaten verschiedener Art abgefeuert.

Durch Beschuss der BFU wurden **neun Wohnhäuser und Infrastrukturobjekte** in Gorlowka, Schirokeja Balka und Kominternowo **beschädigt**, außerdem wurde ein Zivilist, geb. 1974, verletzt.

Außerdem hat der Gegner **zweimal das Gelände der Wasiljewker Pumpstation erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke beschossen**. Im Zusammenhang mit der Gefahr für Leben und Gesundheit wurde das Personal in den Schutzraum evakuiert.

Alle Informationen wurden mit Fotos und Videomaterial an Vertreter internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden sowie an die Generalstaatsanwaltschaft zur Aufnahme von Strafverfahren gegen die Kriegsverbrecher Kaschtschischin, Poljakow, Kokorjew, Iwanow, Martschenko, Palas und Gnatow übergeben.

Seit dem Inkrafttreten des Waffenstillstands ab 00:00 Uhr am 21. Juli **hat der Feind ihn 579-mal verletzt**, darunter auch unter Einsatz verbotener Waffen: 152mm- und 122mm-Artillerie, Panzer, Antipanzerlenkraketen und Mörsern der Kaliber 120 und 82mm.

Insgesamt starben durch Beschuss der BFU zwei Zivilisten und neun wurden verletzt, außerdem wurden **drei Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der Republik verletzt**. Es wurden **134 Wohnhäuser und Infrastrukturobjekte beschädigt**.

In der letzten Woche betrug die nicht kampfbedingten Verluste des Gegners in der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ **17 Tote und sieben Verletzte**. Davon starben 14 und fünf wurden verletzt, weil sie auf eigene Minensperren gerieten. Spitzenreiter beim Geraten auf eigene Minen ist nach wie vor die 28. Brigade – acht Kämpfer. Infolge von Drogenkonsum starben zwei Kämpfer aus der 36. Brigade, einer aus der 53. Brigade beging Selbstmord.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine nutzen weiter **Drohnen zur Leitung des Beschusses von Objekten der zivilen Infrastruktur** unserer Republik. Dank der professionellen Handlungen unserer Verteidiger **verlor der Feind in der letzten Woche drei Drohnen**: zwei des Typs „Mavic“ und eine „MARA“.

Die Luftabwehreinheiten der Volksmiliz der DVR verteidigen den Himmel des Donbass zuverlässig und vervollkommen dazu ständig ihre Fertigkeiten und Mittel zum Kampf gegen die Luftmittel des Gegners. Die vernichteten Drohnen sind dafür eine Bestätigung.

Das Kommando der BFU behindert weiter die Arbeit der OSZE-Mission, um die Verletzung der Minsker Vereinbarungen zu verheimlichen, in deren Verletzung es schwere Waffen in der Nähe der Kontaktlinie, auf den Gebieten von sozialen und Wohnobjekten stationiert.

Wir stellen nach wie vor die Aktivität von mobilen Gruppen der elektronischen Kriegführung aus dem 20. und 305. Bataillon für elektronische Kriegführung der BFU in den Gebieten von Suchaja Balka, Nowgorodskoje, Stepanowka, Kirillowka, Bogdanowka, Starognatowka und Pischtschewik fest.

Neben Mitteln der elektronischen Kriegführung haben die ukrainischen Straftruppen in den Gebieten von Pischtschewik und Starognatowka Drohnen der OSZE-Mission mit Schusswaffen beschossen, im Zusammenhang damit waren die Beobachter der Mission gezwungen, das Monitoring einzustellen, was sich auf die Objektivität der dargestellten Informationen auswirkt.

In allen genannten Gebieten stellt unsere Aufklärung eine **Konzentration von verbotenen Waffen** fest.

Zur Verheimlichung von Fällen von Verletzung des Regimes der Feueereinstellung haben Kämpfer des 18. Bataillons der 35. Brigade zwei Videokameras vernichtet, die Spezialisten der OSZE-Mission zur Beobachtung im Gebiet von Granitnoje installiert hatten. Außerdem bemerkt unsere Aufklärung Militärtechnik, die in Verletzung der Minsker Vereinbarungen stationiert wurde, in der Nähe von Wohnhäusern und auf dem Territorium von kommunalen Objekten in Petrowskoje, Nowgorodskoje, Talakowka, Awdejewka, Nowojlenowka, Chersones, Pischtschwik, Kransnoarmejsk, Jablonowka, Slawnoje, Beresowoje, Tarmtschuk und Georgijewka fest.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine ignorieren weiter die Rahmenvereinbarung der dreiseitigen Kontaktgruppe **über die Trennung von Kräften und Mitteln** entlang der gesamten Kontaktlinie vom 20. September 2016, in deren Ausführung die Einheiten der Volksmiliz einen Abzug von Kräften und Mitteln auf die vorgeschriebene Entfernung vorgenommen haben, was von den internationalen Beobachtern der OSZE-Mission bereits 2016 bestätigt wurde.

Trotz der Erklärung des Kommandeurs der Besatzungskräfte Krawtschenko über die Bereitschaft zum Abzug von Truppen an der gesamten Frontlinie, können sich die ihm unterstellten Kämpfer nicht mit der Möglichkeit des Eintritts von Frieden im Donbass anfreunden und führen weiter Befestigungsarbeiten in der Trennungszone durch, was täglich in den Berichten der Beobachter der OSZE-Mission festgehalten wird.

Im Gebiet von Petrowskoje sind die ukrainischen Besatzer vom Ignorieren zur offenen Nichterfüllung von Befehlen des Kommandos der OOS übergegangen. Einige Kommandeure von Einheiten, die sich in diesem Gebiet befinden, erklären offen, dass sie nicht vorhaben, ihre Positionen am Abschnitt zur Trennung von Kräften und Mitteln zu räumen.

Um den unkontrollierten Kämpfern die Notwendigkeit der Ausführung des Befehls des obersten Kommandeurs Selenskij über die Vorbereitung der BFU auf den Abzug entlang der gesamten Kontaktlinie zu erklären, hat der Kommandeur der Besatzungskräfte die Anweisung gegeben, die Arbeit mobiler Gruppen zur moralisch-psychischen Betreuung zu organisieren, die den Besatzern die Notwendigkeit der Durchführung der Trennung der Kräfte erklären sollen.

Wie schon früher mitgeteilt wurde, **sinkt mit jedem Tag die Zahl derjenigen, die Dienst in den Reihen der bewaffneten Formationen der Ukraine zu wollen, weiter ab.**

Derzeit bleibt die 35. Brigade Spitzenreiter bei der Zahl der Deserteure, wobei die Arbeit des SBU zur Suche nach am Diebstahl und Verkauf von Waffen beteiligten Funktionsträgern die Situation verschärft hat. Wie bereits mitgeteilt wurde, arbeitete eine Woche lang in der 35. Brigade eine Kommission des militärischen Rechtsordnungsdienstes, um die Organisation des Dienstes und das Vorhandensein von Personal im vordersten Bereich zu überprüfen. Während der Arbeit wurde festgestellt, dass die Zahl des Personals im vordersten Bereich nicht mehr als 50% des Vorgesehenen beträgt und die Kämpfer ohne Ablösung mehr als drei Wochen lang Dienst tun. Derzeit beträgt die Personalausstattung der 35. Brigade 39%, was es nicht erlaubt, Aufgaben in der Zone der Besatzungskräfte auszuführen.

Im Zusammenhang damit hat am 19. September im zeitweiligen Stationierungspunkt der 35. Brigade die Arbeit einer mobilen Gruppe zur moralisch-psychischen Betreuung der Marinestreitkräfte der Ukraine begonnen, die eine Analyse des moralisch-psychischen Zustands durchführen und das weitere Schicksal der Besatzer festlegen soll. Die Gruppe leitet der stellvertretende Kommandeur der Marinestreitkräfte der Ukraine, Kapitän ersten Ranges A.A. Ursol; in der Kommission sind Oberst I.M. Pawlitschenko und Kapitän 2. Ranges O.A. Krjutschkow.

Neben der Desertion greifen die Strafsoldaten immer öfter zur Selbstverletzung. Uns wurden die Umstände von gleich zwei solchen Fällen bekannt. So haben sich zwei Soldaten der 92. Brigade, um sich vor dem Dienst zu drücken und eine finanzielle Kompensation für

eine Verletzung zu erhalten, auf einem Beobachtungspunkt im Gebiet von Werchnetorezkoje gegenseitig mit Maschinenpistolen ins Bein geschossen. Ein ähnlicher Fall ereignete sich in der 53. Brigade im Gebiet von Nowgorodskoje, wo der Soldat Filin das Feuer in Richtung unserer Positionen eröffnete. Danach schoss er sich selbst in die Hand.

Nach bestehender Tradition werden die genannten Fälle vom Kommando der Besatzungskräfte als kampfbedingte Verluste ausgegeben.

Das Niveau der Korruption, des Diebstahls und des Gewährenlassens hat in den Reihen der bewaffneten Formationen der Ukraine ein unfassbares Ausmaß angenommen, davon zeugen die Ergebnisse von staatsanwaltlichen Überprüfungen einzelner Einheiten der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“, bei denen Fehlbestände an materiellen Mitteln in erheblichem Umfang festgestellt wurden:

In der 93. mechanisierten Brigade (Truppenteil A1302) 35.087.000 Griwna;

In der 53. mechanisierten Brigade (Truppenteil A0536) – 18.825.000 Griwna;

In der 17. Panzerbrigade (Gruppenteil A3283) – 12.030.000 Griwna.

Der Gesamtschaden, der dem Staat durch das Kommando der o.g. Brigaden in Person der Kriegsverbrecher Nikoljuk, Poljakow und Nikolajtschuk zugefügt wurde, betrug 65.942.000 Griwna, die durch gesetzwidrige Abschreibung, Verkauf von Treibstoff und anderem militärischen Material gestohlen wurden.

Uns wurde eine von der Führung der Ukraine geplante neue Runde des Blutvergießens im Donbass bekannt, die als „politischer Katalysator“ auf der Sitzung der Generalversammlung der UN am 23. September und während des Treffens von Selenskij mit Trump, das für den 25. September geplant ist, verwendet werden soll.

Dazu hat der Kommandeur der Besatzungskräfte Krawtschenko **Anweisungen zur Durchführung von Provokationen in Richtung Gorlowka** bei Berichterstattung durch kontrollierte Massenmedien gegeben. Es ist geplant, das vor kurzem in der OOS-Zone eingetroffene nationalistische Kultschizkij-Bataillon und andere nationalistische Banden, die sich bis heute mit schweigender Zustimmung Selenskij in der OOS-Zone befinden, heranzuziehen.

Wir rufen die internationalen Beobachter der OSZE-Mission auf, ständige Aufmerksamkeit auf die Aktivität der bewaffneten Formationen der Ukraine während der Sitzung der Generalversammlung der UN zu richten, um ein weiteres Blutvergießen auf der leidgeprüften Erde des Donbass zu verhindern.

In der letzten Woche wurden mit dem Personal der Einheiten der Volksmiliz der DVR Maßnahmen zur Erhöhung des professionellen Niveaus, zur Festigung von Fertigkeiten und Kenntnissen der Soldaten unter Kampfbedingungen fortgesetzt. Die größten Veranstaltungen waren gemäß dem Ausbildungsplan in der letzten Wochen taktischen Kompanieübungen mit Schießübungen.

An ihnen nahmen Kampfmannschaften von Artilleristen, Mannschaften von Panzern, Schützenpanzerwagen sowie Panzergrenadiereinheiten teil.

Hauptziel war die Kampfabstimmung von Panzergrenadier-, Panzer- und Artillerieeinheiten sowie die Verbesserung der Fertigkeiten der Kommandeure zur Leitung der Einheiten im Kampf.

Die Leitung der Truppen erfolgte von einem Kommandobeobachtungspunkt. Die Offiziere setzten Kommunikationsmittel ein, trafen Entscheidungen zur Verteidigung, wählten die Richtung der Konzentration der grundlegenden Anstrengungen, führten die Feuerbekämpfung des Gegners an verschiedenen Linien durch.

de.sputniknews.com: **US-Luftwaffe: „Haben Plan für Zerstörung von Luftabwehr in Kaliningrad“**

Die US-Luftwaffe hat nach eigenen Angaben einen Plan, wie die Luftabwehr der russischen Ostsee-Exklave Kaliningrad zerstört werden kann. Im Ernstfall werde er problemlos

umgesetzt, verspricht General Jeffrey Lee Harrigian und erntet Kritik aus Russland. Die Vereinigten Staaten sind laut General Jeffrey Lee Harrigian durchaus in der Lage, das Luftverteidigungssystem der westlichsten russischen Region Kaliningrad zu durchbrechen, und haben bereits einen Plan in petto.

„Wenn wir zum Beispiel das integrierte Luftverteidigungssystem Kaliningrad zerstören müssten, dann soll es keine Zweifel geben: Wir haben einen Plan, wie wir das tun“, sagte Harrigian, der Befehlshaber der US-Luftstreitkräfte in Europa, am Dienstag laut der Zeitung „Breaking Defense“.

Die USA könnten eine russische Aggression aus Kaliningrad schnell und wirksam beantworten, versicherte Harrigian. „Wir trainieren dafür. Wir durchdenken die Pläne immer wieder und ... wenn das jemals Wirklichkeit werden sollte, wären wir dazu bereit.“

Zu Details wollte er sich nicht äußern. Nach Angaben der Zeitung muss das US-Militär mit neuen Taktiken auf die Bedrohung reagieren, die durch weitreichende russische Raketen in Kaliningrad entstanden sei.

Der Duma-Abgeordnete Alexander Pjatikop kritisierte Harrigians Äußerungen.

„Solche unfreundlichen Schritte zerstören das Vertrauen“, sagte Pjatikop, der im russischen Parlamentsunterhaus die Region Kaliningrad vertritt. Der Abgeordnete wandte sich auch mit beruhigenden Worten an die Bevölkerung der Ostsee-Region:

„Ich denke nicht, dass die Einwohner etwas fürchten müssen. Wir haben eine starke Armee und Flotte“, sagte der Abgeordnete im Sputnik-Gespräch.

Gebietsgouverneur Anton Alichanow seinerseits empfahl dem US-Militär einen Rückblick in die Geschichte: „Die US-Generäle sollten mehr Bücher über Russland lesen“, sagte Alichanow dem Magazin RBC. „Schon viele Menschen mit schlechten Geschichtskennntnissen hatten nämlich Pläne für Russland gehabt.“ Wie ausgeklügelt diese Pläne auch gewesen sein mögen, hätten sie für ihre Macher schlecht geendet.

Russland hatte vor einigen Jahren in Kaliningrad taktische Boden-Boden-Raketen vom Typ Iskander stationiert. Begründet wurde der Schritt mit der Aufrüstung der Nato und der Stationierung amerikanischer Waffen in der Nähe der russischen Grenzen. Außenminister Sergej Lawrow versicherte, dass Russland niemanden angreifen, sondern lediglich sich selbst schützen wolle. Er verwies darauf, dass russische Raketen – im Gegensatz zu den amerikanischen – auf eigenem Staatsgebiet stationiert sind.

de.sputniknews.com: **„Flugabwehr in Kaliningrad zuverlässig geschützt“: Moskau warnt vor aggressiven US-Plänen**

Das russische Verteidigungsministerium hat Berichte über Pläne des Pentagons zur Bekämpfung der russischen Flugabwehr im Gebiet Kaliningrad kommentiert.

Der Chef der Luftstreitkräfte der Vereinigten Staaten in Europa und Afrika, General Jeffrey Lee Harrigian, war zuvor in einem Gespräch mit Journalisten auf einen Plan des Pentagons eingegangen, der das Vernichten des Flugabwehrsystems in der nordwestrussischen Enklave Kaliningrad im Falle einer „russischen Aggression“ beinhaltet. Laut dem Online-Magazin „Breaking Defense“ nannte der General zwar keine Details, betonte jedoch, der Plan sehe einen „umfassenden“ Militäreinsatz mit kombinierten Attacken aus der Luft, vom Boden, von der See und sogar vom Weltraum vor. Zudem sollen Cyberangriffe und die elektronische Kampfführung eingesetzt werden.

Das Gebiet Kalinigrad sei vor allen aggressiven „Plänen“ zuverlässig geschützt, die von US-Generälen in Europa erarbeitet würden, heißt es in einer Mitteilung des russischen Verteidigungsministeriums.

Die Fähigkeiten des Flugabwehrsystems im Gebiet Kaliningrad bei der Entdeckung, Begleitung und im Ernstfall garantierten die Neutralisierung jeglicher Luftziele in seiner Verantwortungszone und seien „allen Nato-Piloten gut bekannt“, die sich den Luftgrenzen der Russischen Föderation über der Ostsee angenähert hätten, heißt es weiter in der Mitteilung.

Dies gelte „in vollem Maße“ auch für die US-Kampffjets der fünften Generation, die „nur noch für die US-Steuerzahler unsichtbar“ seien.

„Das Beben und die Sorgen des Pentagons angesichts der möglichen Entsakralisierung der Jagdflugzeuge F-35 durch türkische Besatzungen der Flugabwehrkomplexe S-400 sind nicht unbegründet“, betonte das russische Verteidigungsministerium.

„Der Leichtsinn und der naive Glaube an die Überlegenheit jeglicher Pläne zur Unterwerfung von Kaliningrad“ sollten vor allem Harrigians Untergebene beunruhigen, die „anscheinend viel besser mit einem der wichtigsten Gebote der Feldherren vertraut sind: Jeder Plan ist gut, bis ein Gefecht beginnt“, resümierte das Ministerium.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32469/24/324692432.jpg>

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des Leiters des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann Ja. A. Osadtschij über Situation an der Kontaktlinie vom 14. bis 20. September 2019

Guten Tag!

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie und über die Ergebnisse der Tätigkeit der Einheiten der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

In der letzten Woche haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 14-mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Dabei hat der Gegner 120mm- und 82mm-Mörser, Granatwerfer, Antipanzernraketen, Schützenpanzerwaffen, großkalibrige und Schusswaffen eingesetzt.

Insgesamt wurden die Gebiete von **zehn Ortschaften der LVR beschossen.**

Leider gab es in dieser Woche Opfer. Am 16. September **starb ein Soldat der Volksmiliz**, als er das Territorium unserer Republik im Gebiet von Dolgoje verteidigte, **zwei Verteidiger wurden mit zahlreichen Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert**, sie haben qualifizierte ärztliche Behandlung erhalten.

Wir äußern den Verwandten und Freunden des gefallenen Soldaten gegenüber unser Mitgefühl und rufen die internationalen Rechtsschutzorganisationen auf, eine juristische Bewertung der Handlungen der ukrainischen Truppen vorzunehmen und Kiew zu zwingen, den vereinbarten Waffenstillstand einzuhalten.

Der Gegner nutzt weiter den Waffenstillstand um Kräfte und Mittel zu konzentrieren und umzugruppieren sowie um schwere Waffen in der Zone der Strafoperation zusammenzuziehen.

Zur Stationierung von Militärtechnik verwenden die Besatzer Objekte der zivilen Infrastruktur und gefährden so friedliche Einwohner.

In der letzten Woche hat unserer Aufklärung die Stationierung von drei Panzern in einem Wohngebiet von DMITORWKA, zwei Panzertransporten und einem gepanzerten Aufklärungs- und Spähfahrzeug in Wohngebiet von PEREDELSKOJE sowie die Stationierung von drei

Panzertransporten im Gebiet von Wojtowo bemerkt. Die gesamte Technik gehört der 46. Brigade der BFU.F

In Toschkowka haben Kämpfer der 14. Brigade zwei D-30-Haubitzen und in Gretsischkiono eine Gwosdika-Haubitze stationiert.

Am Trennungsabschnitt im Gebiet von Solotje hat die 14. Brigade zwei Schützenpanzer stationiert. Außerdem hat der Kommandeur des Verbandes Bogomolow seinen Untergebenen befohlen, Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung der Positionen in Hinblick auf die Befestigung durchzuführen.

Außerdem wurden zwei Schützenpanzer und ein Schützenpanzerwagen aus der 59. Brigade in den Gebieten von Swetlodarsk und Mironowskij festgestellt.

Die ukrainischen Streitkräfte behindern weiter die Drohnen der OSZE-Mission die Flüge über dem von den BFU besetzten Territorien durchführen.

Am 14. September hat eine Einheit der elektronischen Kriegführung im Verantwortungsbereich der 14. Brigade die Leitungskanäle einer OSZE-Drohne im Gebiet von Kapitanowo unterdrückt.

Die Stationierung von Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in Ortschaften wird auch in den offiziellen Berichten der OSZE-Mission bestätigt.

Außerdem stellen die Beobachter der Mission in ihren Berichten das Fehlen von Waffen der BFU an den Abzugsorten fest.

So haben Vertreter der Mission auf dem von den Kiewer Formationen kontrollierten Teil des Lugansker Oblast das Fehlen von 40 Haubitzen „Akazija“, „Gwosdika“ sowie D-30 an den Abzugsorten festgestellt.

Gleichzeitig nutzen die ukrainischen Truppen weiter aktiv Drohnen zur Aufklärung und zur Leitung des Artilleriefeuers an der Kontaktlinie.

Am 17. September wurde im Gebiet von Kalinowka eine Drohne des Typs „Prisrak“ der 72. Brigade abgeschossen, die versuchte Luftaufklärung zu betreiben. Die Materialien von der Drohne enthalten Fotos und Videos von Feuerungen von Mörserereinheiten der BFU, die sich in Gefechtsbereitschaft befinden.

In diesem Monat wurden bereits vier Drohnen von unseren Soldaten abgeschossen. Wir wenden uns an die OSZE-Vertreter, dass sie diese Verstöße in ihre Berichte aufnehmen.

Derzeit ist die Frage der Trennung von Kräften und Mitteln im Gebiet von Solotoje besonders dringend. Diese wurde am 18. September bei der Sitzung der dreiseitigen Kontaktgruppe erörtert.

Ich will daran erinnern, dass es 2016 bereits einen Versuch gab, in diesem Gebiet die Truppen abzuziehen und dies erfolgte dann einseitig nur durch die Einheiten der Volksmiliz der LVR, die unter Beobachtung von OSZE-Beobachtern und Journalisten auf die festgelegten Entfernungen abzogen. Die BFU ignorierten diese Maßnahme, die übrigens eine der Bedingungen der Minsker Vereinbarungen ist, sie blieben nicht nur an ihren Orten, sondern rüsteten auch weiter ihre Positionen aus, installierten Minensperren und konzentrierten Waffen und Militärtechnik. Außerdem ging der Gegner mit Waffen gegen OSZE-Drohnen vor, die Luftbeobachtung betrieben. Diese Fälle kamen mehrfach in OSZE-Berichten zum Ausdruck.

Und jetzt, wo nicht nur der Kommandeur der „OOS“ Krawtschuk sondern auch der ukrainische Präsident Selenskij die Vorbereitung zum Abzug der Truppen ankündigten, haben die Soldaten vor Ort ihre Unzufriedenheit mit dem Abzug geäußert und sind bereits die Anweisungen des Kommandeurs und der Führung des Landes zu sabotieren.

Nach Information einer Quelle ist in der letzten Woche eine Kommission der Hauptabteilung für moralisch-psychische Betreuung der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Solotoje eingetroffen, um die Soldaten der BFU von der verpflichtenden Ausführung der Maßnahmen zur Trennung von Kräften und Mitteln zu überzeugen. ...

Unter Berücksichtigung der verschiedenen Varianten der Entwicklung der Situation an

der Kontaktlinie unternehmen wir die notwendigen Maßnahmen zur Erfüllung der gestellten Aufgaben zum Schutz unserer Republik.

Zu diesem Zweck werden in der Volksmiliz der LVR Übungen zur militärischen Ausbildung durchgeführt....

Eine strenge Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung ist ein unverzichtbarer Teil des Maßnahmekomplexes zur Gewährleistung von Schutz und Sicherheit unserer Republik.

Unsere Bestrebungen zu einer friedlichen Regelung sind unverändert. Die Einheiten der Volksmiliz eröffnen das Feuer nicht, aber tun wachsam Dienst. Im Fall einer Gefahr oder Provokation von Seiten der ukrainischen Truppen sind wir zu einer adäquaten Antwort bereit.

de.sputniknews.com: **„Deutscher Welle“ droht in Russland Akkreditierungs-Entzug**

Die Staatsduma (russisches Unterhaus) hat der „Deutschen Welle“ (DW) mit Akkreditierungs-Entzug gedroht, sollten sich die Vertreter des deutschen Auslandssenders auch weiterhin weigern, an der nächsten Sitzung des Ausschusses zur Ermittlung fremder Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands teilzunehmen.

Sollten Vertreter des Senders bei der nächsten Sitzung des Gremiums nicht erscheinen, will der Abgeordnete Adalbi Schchagoschew sich an das Außenministerium in Moskau und die russische Aufsichtsbehörde Roskomnadsor wenden. Er wolle erreichen, dass der „Deutschen Welle“ die Akkreditierung in Russland zeitweise ggf. komplett entzogen werde.

„Wir haben keinen anderen Weg. Sie haben einen zivilisierten Dialog kategorisch abgelehnt, und wir in der Staatsduma sind bereit, bis zum Ende zu gehen“, so Schchagoschew.

Die Vertreter des Senders seien zu einer Sitzung am 27. September eingeladen worden. Man habe von ihnen aber bislang keine Antwort bekommen.

Zuvor hatte sich die „Deutsche Welle“ geweigert, an einer Sitzung des Ausschusses der Staatsduma, der sich mit ausländischer Einmischung in die Angelegenheiten Russland befasst, teilzunehmen.

Der Leiter der DW-Intendanz, Dr. Johannes Hoffmann, hatte seinerseits den russischen Abgeordneten Wassili Piskarjow zu einem Treffen mit dem Intendanten des Auslandssenders in Bonn bzw. in Berlin eingeladen. Piskarjow weigerte sich allerdings, die Gespräche außerhalb Russlands zu führen.

Moskau hatte der DW zuvor die Einmischung in Russlands innere Angelegenheiten vorgeworfen. Anlass war ein Beitrag des Senders auf Twitter, der vom russischen Staat als Aufruf an die Bevölkerung interpretiert wurde, an den nicht genehmigten Protestaktionen in Moskau teilzunehmen.

Am 27. Juli schrieb der Sender auf seinem russischen Twitter-Account „Moskau, geh raus!“

Es kann natürlich wohl sein, dass der Sender nur die Worte der Demonstranten erläuterte, darauf gibt es jedoch keinerlei Hinweis.

Der Leiter der DW-Intendanz Hoffmann weist die Anschuldigungen zurück: Die Berichterstattung des Senders befolge „die Regeln des ausgewogenen Journalismus“. Das schließe eine „etwaige Einmischung in innere Angelegenheiten jedweder Staaten aus“.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32575/59/325755991.jpg>

de.sputniknews.com: **Löchriger Schutzschild: Warum konnten US-Abfangraketen Saudi-Arabien nicht beschützen?**

Von *Nikolai Protopopov*

Dutzende Patriot-Flugabwehranlagen, Schiffe mit lenkbaren Raketen an Bord – trotzdem wurde keine einzige der Drohnen abgeschossen, die Ende der vorigen Woche saudi-arabische Ölraffinerien angegriffen haben.

Das russische Verteidigungsministerium übte Kritik am Luftabwehrsystem der Saudis, das unter direkter Beteiligung der USA aufgestellt wurde. Die weltweit bekannten Patriot-Systeme haben in jener Nacht keine einzige Rakete abgefeuert. Warum das Abfangen des Drohnenangriffs mächtig daneben ging, erklärt RIA Novosti in diesem Beitrag.

Ein Schuss daneben

Laut einer hochrangigen Quelle in der russischen Militärbehörde ist das Territorium Saudi-Arabiens von allen Seiten von einer enorm starken Raketenabwehr geschützt. Über dem Territorium des Landes gibt es ein lückenloses Funkmessfeld.

So sind beispielsweise an der nördlichen Grenze Saudi-Arabiens knapp 90 Patriot-Luftabwehranlagen aufgestellt. Außerdem befinden sich im Persischen Golf vor der saudischen Küste drei US-Schiffe mit lenkbaren Raketen und dem Raketenabwehrsystem Aegis an Bord.

Also rein theoretisch könnte nicht einmal eine Fliege die saudische Staatsgrenze unerlaubt passieren. Aber in Wirklichkeit ist gerade das Gegenteil passiert: Am 14. September waren zwei der größten Betriebe des saudischen Ölkonzerns Saudi Aramco einem massiven Raketen- und Drohnenschlag ausgesetzt. Keine einzige von ihnen konnte dabei abgeschossen werden.

Die Verantwortung für diese Attacke übernahmen die jemenitischen Huthi-Rebellen, gegen die Saudi-Arabien an der Spitze einer großen Koalition kämpft.

Nach dem Angriff musste Riad die Ölförderung um 5,7 Millionen Barrel pro Tag reduzieren. (Zum Vergleich: normalerweise werden 9,8 Millionen Barrel täglich gefördert.)

Die Amerikaner mussten natürlich ihr Bestes tun, um ihre Waffen vor Kritik zu verteidigen. US-Außenminister Mike Pompeo sagte beispielsweise, er sei nicht überrascht, dass die saudische Luftabwehr, auch die Patriot-Systeme, den Luftschlag gegen die Ölraffinerie nicht verhindern konnte, denn alle solchen Systeme funktionieren „mit abwechselndem Erfolg“.

Im russischen Verteidigungsministerium ist man allerdings überzeugt, dass die Raketenabwehr aus amerikanischer Produktion nur deshalb gescheitert sei, weil die Patriot-Abwehranlagen und das Aegis-System den verkündeten Eigenschaften nicht entsprechen. Pompeos Behauptung wäre noch akzeptabel, wenn es um einen einzigen Patriot-Komplex gehen würde. Aber in Saudi-Arabien gibt es, wie gesagt, Dutzende solche Anlagen. Es ist

offensichtlich, dass sie für den Kampf gegen kleine Ziele nicht geeignet und bei solchen Angriffen im Grunde nutzlos sind.

Auffallend ist übrigens, dass Pompeo den Luftangriff dem Iran vorgeworfen hat. Dabei sind die meisten Patriot-Systeme gerade im Osten Saudi-Arabiens stationiert, also in der Richtung, wo der Iran liegt. Deshalb müssten sich die Amerikaner entscheiden: Entweder zugeben, dass ihre Luftabwehrsysteme quasi nutzlos sind, oder Teherans Verbindung mit dem Drohnenangriff zu dementieren.

Theoretisch zuverlässig

Der russische Militärexperte Viktor Murachowski verwies darauf, dass Saudi-Arabien aktuell eines der am meisten entwickelten Luftabwehrsysteme im ganzen Nahen Osten habe. „Neben Patriot-Anlagen gibt es dort auch Hawk-Komplexe, Artillerie-Anlagen Skyguard, Radaranlagen, die praktisch das ganze Territorium des Landes abdecken“, sagte er gegenüber RIA Novosti. Alles werde von einem automatisierten Lenksystem kontrolliert. „Nach den technischen Daten ist das System theoretisch sehr modern und zuverlässig. Aber das einzige Kriterium der Effizienz der Technik ist bekanntlich der Kampfeinsatz – und dieser wurde absolut erfolglos.“

Mehr noch, so der Experte weiter. Da keines der erwähnten Luftabwehrsysteme Saudi-Arabiens das Feuer eröffnet habe, seien die Drohnen und Marschflugkörper, die den Luftschlag versetzten, nicht einmal geortet worden. „Dabei handelt es sich aus meiner Sicht nicht nur um technische Mängel. Möglicherweise hat auch das so genannte ‚menschliche Versagen‘ die Situation negativ beeinflusst. Aus den Einsätzen der saudischen Streitkräfte gegen die Huthi im Jemen schließe ich, dass viele von ihren Misserfolgen auf die enorm niedrige Qualifikation und auf eine fehlende Motivation ihrer Militärs zurückzuführen sind. Sie können schon seit langer Zeit die Huthi nicht in den Griff bekommen, die ihnen technisch wesentlich unterlegen sind“, so Murachowski.

Effizientes Analog

Man muss sagen, dass eine kleine Drohne von einem Luftabwehrradar nur schwer geortet werden kann. Diese Fluggeräte haben üblicherweise einen geringen Metallgehalt und bestehen überwiegend aus Plastik und Holz. „Dennoch bekommen die russischen Luftabwehrsysteme solche Luftobjekte effizient und zuverlässig in den Griff“, so der Militärexperte. So sei beispielsweise der Luftraum über dem russischen Fliegerstützpunkt Hmeimim in Syrien kein einziges Mal von einer Drohne verletzt worden. „Alle angreifenden Ziele wurden entweder durch funkelektronische Kampfmittel neutralisiert oder abgeschossen.“

Dabei wird der Stützpunkt Hmeimim relativ oft Luftangriffen ausgesetzt, egal ob dabei Drohnen oder Mehrfachraketenysteme eingesetzt werden. Alle solchen Attacken werden abgewehrt. Für den Schutz sind unter anderem Raketen- und Kanonenkomplexe „Panzyr“, „Tor“-Flugabwehrkomplexe und S-300-Raketen zuständig. Einer der bis dato letzten solchen Angriffe wurde Anfang September registriert. Dabei wurden aber die von den Terroristen gestarteten Kampfdrohnen weit außerhalb des Luftraums über dem Stützpunkt vernichtet.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32575/60/325756089.jpg>

Telegram-Kanal der Außenministeriums der DVR: Kommentar der Außenministerin Natalja Nikonorowa im Zusammenhang mit Aussagen des Außenministers der Ukraine

Ukrainische Diplomaten füllen den Medienraum weiter mit Aussagen, die oft nicht nur den Minsker Vereinbarungen, sondern auch vorherigen Erklärungen von Vertretern der Ukraine widersprechen.

Erstens ruft die Praxis der ukrainischen Seite Unverständnis hervor, das zu dementieren, was sie vorher vereinbart hat. Jetzt ist die Rede vom Text der „Formel Steinmeier“, die schon zweimal vom Gipfel der „Normandie-Vier“ gebilligt und mehrfach auf Treffen der Berater der Staatsoberhäupter der Garantenstaaten der Minsker Vereinbarungen bestätigt wurde – darunter auch vom Vertreter der Ukraine Andrej Jermak. Dennoch hindert das Kiew irgendwie nicht daran zu erklären, dass es den Text dieses Mechanismus ändern will und dabei den direkten Auftrag ignoriert, dieser bereits vom eigenen Vertreter im Normandie-Format bestätigten Formulierung zuzustimmen. Im Zusammenhang damit kommt die Frage der Vollmachten von Herrn Jermak auf, dessen Anweisungen seine Kollegen in Person des Vertreters der Ukraine in der Kontaktgruppe nicht aufnehmen.

Zweitens wollen wir die ukrainische Führung daran erinnern, dass der von Herrn Steinmeier vorgeschlagene Mechanismus des Inkrafttretens des Gesetzes über einen besonderen Status des Donbass ein Kompromiss ist, der aufgekommen ist, weil sich Kiew nicht in der Lage sah, die politischen Punkte des Maßnahmekomplexes so und in der Zeit zu implementieren, wie sie in diesem Dokument festgelegt wurden. Deshalb ist es unzulässig, die Vertreter des Donbass aufzurufen, auf irgendwelche weiteren Kompromisse einzugehen – wird haben bereits einer Kompromisslösung zugestimmt und bestehen nachdrücklich darauf, dass die Ukraine sie erfüllt.

Drittens, die Erörterung der „Formel Steinmeier“ durch die Berater der Staatsoberhäupter der „Normandie-Vier“ war ein erzwungener Schritt, der mit der Weigerung der Vertreter der Ukraine zusammenhing, in der Kontaktgruppe an einer Vereinbarung dieses Mechanismus zu arbeiten. Entsprechend ist jetzt, wo es eine direkte Anweisung zur Unterzeichnung des fertigen Textes dieser Formel im Rahmen der Minsker Verhandlungen gibt, die Sabotage der Unterzeichnung durch die ukrainische Seite eine klare und offen zynische Verletzung der Verpflichtungen der Ukraine.

Außerdem merken wir an, dass die Vereinbarung der „Formel Steinmeier“ im Grunde ein vorläufiger, eher symbolischer denn ein praktischer Schritt auf dem politischen Gebiet ist. Es steht noch ein enormer Umfang an Tätigkeiten bevor – sowohl Arbeit an Änderungen am Gesetz über den besonderen Status und dessen Festschreibung in der Verfassung, die Amnestie der an den Ereignissen im Donbass beteiligten Personen. Aber wenn die Ukraine

selbst die Anfangsetappe der Regelung nicht erfüllen kann, wie hat die Führung des Landes vor, den Maßnahmenkomplex vollständig zu realisieren?

Wie die ukrainische Regierung die Versuche, den Prozess der friedlichen Regelung zu sabotieren, tarnen mag, sie wird sich nicht unendlich durch „technische Fehler und Unterbrechungen“ rechtfertigen können. Mehr noch, die Rede ist jetzt von der Sabotage unmittelbarer Empfehlungen der Vertreter der Garantenstaaten der Minsker Vereinbarungen durch Kiew. Im Zusammenhang damit erwarten wir eine Reaktion der Staatsoberhäupter der Staaten, die ihre Unterschrift unter die Deklaration zur Unterstützung des Maßnahmenkomplexes gesetzt haben. Wir zählen darauf, dass gegen Kiew entsprechende Maßnahmen der Verantwortlichkeit für den offenen Unwillen, ein vom UN-Sicherheitsrat gebilligtes Dokument zu erfüllen und direkte Aufträge von Vertretern der „Normandie-Vier“ auszuführen, ergriffen werden.

de.sputniknews.com: **USA verhängen Sanktionen gegen iranische Zentralbank**

Die US-Regierung hat die iranische Zentralbank mit Sanktionen belegt. Es seien die schärfsten jemals gegen ein Land verhängten Sanktionen, erklärte US-Präsident Donald Trump am Freitag im Weißen Haus.

"Wir haben jetzt alle Einkommensquellen des Irans abgeschnitten", sagte Finanzminister Steven Mnuchin. Auch Irans Staatsfonds sei nun mit Sanktionen belegt. Die US-Regierung hatte die Zentralbank bereits zuvor zum Ziel gemacht. Einzelheiten zu den neuen Sanktionen waren zunächst nicht bekannt, sie dürften allerdings Irans Zugang zum internationalen Finanzsystem weiter einschränken.

"Es ist schade, was mit Iran passiert. Es geht den Bach runter", so Trump. "Sie müssen nur mit dem Terrorismus aufhören", so Trump weiter.

Nach den Angriffen auf Ölanlagen in Saudi-Arabien am vergangenen Wochenende hatte Trump eine Verschärfung der Sanktionen angekündigt. Die US-Regierung sieht den Iran als Urheber des Angriffs, Teheran bestreitet dies aber.

Mögliche Vermögen sanktionierter Personen und Institutionen in den USA werden damit eingefroren und US-Firmen und Banken dürfen keine Geschäfte mehr mit ihnen machen. Auch ausländische Banken und Personen, die weiterhin mit ihnen bedeutende Geschäfte machten, könnten nach US-Angaben mit Sanktionen belegt werden.

Die USA waren im vergangenen Jahr aus dem internationalen Atomabkommen mit dem Iran ausgestiegen und haben seither scharfe Wirtschaftssanktionen gegen Teheran wieder in Kraft gesetzt, darunter auch ein Verbot von Ölexporten. Die US-Regierung setzt Sanktionen auch gezielt ein, um Irans Atom- und Waffenprogramm zu untergraben.

abends:

de.sputniknews.com: **Tricksen EU und Ukraine Gazprom aus? – Experte: „Darum braucht die Ukraine keinen Transit-Vertrag“**

Von *Liudmila Kotlyarova*

Das ukrainische Gastransportnetz würde auch ohne Transitvertrag mit Gazprom auskommen, wenn die Ukraine die Energiestandards der EU implementieren und ihre Kapazitäten versteigern würde. Dies bestätigte der Energieexperte Sergej Pikin gegenüber Sputnik mit Blick auf die Gas-Konsultationen zwischen der EU, der Ukraine und Russland am Donnerstag.

Gazprom könnte davon tatsächlich profitieren. Die drei Parteien haben sich am Vorabend in Brüssel vorläufig darauf geeinigt, dass der künftige Gastransit über die Ukraine ab 2020 nach europäischem Recht organisiert wird, wenn Kiew es schafft, die notwendigen Regelungen bis zum 1. Dezember umzusetzen. Demnach wäre die Ukraine als neues Mitglied der

sogenannten Europäischen Energieunion dazu verpflichtet, ihre Transitkapazitäten für die interessierten Unternehmen zu versteigern. Dann könnte der russische Energieriese so viel und so oft von denen nehmen, wie er will. Im Fall eines langfristigen Transit-Vertrages wären die Volumina dagegen streng festgelegt und befristet.

Gazprom sei zur Buchung von diesen Kapazitäten sowie zur Zusammenarbeit mit deren neuem Betreiber, den „Hauptgasleitungen der Ukraine“ (derzeit ist es der Energiekonzern Naftogaz - Anm. d. Red.), bereit, sagte der russische Energieminister Alexander Nowak nach dem Treffen gegenüber Journalisten. Der Vizechef der EU-Kommission, Maroš Šefčovič, bekräftigte seinerseits, den „Hauptgasleitungen“ bei der Umsetzung der Standards und der nötigen Zertifizierung zu helfen. Die russische Seite habe bei den Verhandlungen darauf bestanden, dass diese Zertifizierung qualitätsgemäß und den Arbeitsbedingungen von Gazprom in der EU entsprechend erfolge.

Also würde die Notwendigkeit eines Transit-Vertrages mit der Ukraine in dem Fall wegfallen. Das gibt unter anderem der Leiter der Stiftung für Energieentwicklung, Alexander Pikin, in einem Sputnik-Gespräch zu. Jedoch pochen sowohl die Ukraine als auch die EU-Kommission mit Druck auf die kommende Nord Stream 2 auf einen zehnjährigen Vertrag mit einem Gesamtvolumen von 60 Milliarden Kubikmeter pro Jahr. Warum muss Gazprom darauf eingehen, wenn die EU-Regeln etwas anderes voraussetzen? „Die Ukraine wird die Energiestandards der EU als neues Mitglied der so genannten Europäischen Energieunion erst implementieren müssen. Sie mag es aus irgendeinem Grund auch nicht tun“, sagt Pikin.

Wäre aber die EU nicht daran interessiert? Ein Vertrag würde allerdings den langfristigen Interessen der Ukraine besser entsprechen, denn Mindesttransitvolumen würden die ukrainischen Erlöse für die nächsten zehn Jahre sichern, erklärt der Energieexperte weiter.

„Sollte es nach den europäischen Regeln gehen, dann wären das, sagen wir, 60 Milliarden dieses Jahr, 40 nächstes und gar nichts in zwei Jahren. Die EU ist an stabilen Geldflüssen an die Ukraine interessiert. Wen wird sie sonst später um Hilfe bitten? Genau die EU“.

Das mit der Versteigerung hat bisher für die Opal-Gasleitung in Deutschland funktioniert, bis Polen per EU-Gerichtsentscheidung deren Kapazitäten auf die Hälfte reduzierte. Da es bei solchen Versteigerungen normalerweise nur einen Anbieter gebe, müsse die Ukraine keine bedeutsame Konkurrenz befürchten oder dass ihre Kapazitäten leer stehen würden, so Pikin weiter.

Derzeit liefert Gazprom nach Europa etwa 80 Milliarden Kubikmeter über das bereits äußerst verschlissene ukrainische Gastransportnetz. Der Konzern wird den Bau von zwei Gaspipelines unter Umgehung der Ukraine - die Nord Stream-2 und Turkish Stream - bis zum Ablauf des derzeitigen Transitvertrags mit der Ukraine Ende Dezember offenbar nicht abschließen können.

„Ohne diese Pipelines und mit Blick auf das Urteil des EU-Gerichts müsste Gazprom auch 2020 bis zu 80 Milliarden Kubikmeter durch die Ukraine pumpen. Mit den beiden neuen Gaspipelines, die 2021 offenbar schon fertig sein werden, soll dieses Volumen jedoch bis auf 15-20 Milliarden Kubikmeter sinken“, prognostiziert Pikin. Genau dies wolle die Ukraine nicht. Es bleibt offen, wieso sie dann doch Teil der EU-Energieunion geworden ist. „Um die Chance zu haben, ihre Kapazitäten innerhalb der EU zu einem besseren Preis anzubieten. Dazu will man die europäischen Regeln angeblich so weit wie möglich befolgen mit der Absicht, dass man eines Tages der EU beiträgt.“ Dass die Ukraine die EU-Regelungen bis zum 1. Dezember implementiert, bezweifelt Pikin, wie auch Energieminister Nowak. Sein Plan „B“ wäre die Verlängerung des alten Vertrages um ein-zwei Jahre, doch dies wollen die EU und die Ukraine nicht. Neue Gas-Konsultationen sind für Ende Oktober vereinbart.